

Der Ausschuss bittet, folgende Eingabe für erledigt zu erklären:

Eingabe Nr.: S20-380

Gegenstand: Situation am Burger Bahnhof

Begründung:

Die Petenten beschweren sich über die Drogenszene am Bahnhof Bremen-Burg und eine Vermüllung des dortigen Parkhauses. Sie bitten um Maßnahmen zur Entschärfung der geschilderten Situationen am Bahnhof Bremen-Burg und dem angrenzenden Parkhaus. Sollte das nicht möglich sein, bitten sie -wie auch schon in Vegesack am Aumunder Heerweg gestaltet- einen Unterstand mit Toilette/Pissoir für die Drogen- und Alkoholkonsument:innen und deren Dealer:innen aufzustellen. Zudem regen die Petenten eine Verlegung der Substitutionsstelle, welche sich in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof Bremen-Burg befindet, an.

Die Petition wird von 42 Mitzeichner:innen unterstützt.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petenten Stellungnahmen des Senators für Inneres und Sport sowie der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Der Senator für Inneres und Sport weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass die uniformierten Kräfte des Einsatzdienstes und die zuständigen Kontaktpolizistinnen (KOP) der Polizei Bremen im Rahmen ihrer originären Aufgabenwahrnehmung regelmäßig den Bereich des Bahnhofs Bremen-Burg bestreifen. Demnach ist feststellbar, dass sich im Bereich des Bahnhofs Personen treffen, die erkennbar der Drogen- und Alkoholszene zuzuordnen sind. Die Personenanzahl liegt im niedrigen, zweistelligen Bereich. Die Kleingruppen verteilen sich im gesamten Bahnhofsbereich sowie im Parkhaus. Ein öffentlicher Konsum und Handel von Betäubungsmitteln konnte aus polizeilicher Sicht bisher nicht beobachtet werden.

Das Parkhaus am Bahnhof Bremen-Burg wird von „BrePark“ betrieben. Dem Betreiber obliegen das Hausrecht sowie die Reinigung des Parkhauses. Die Polizei Bremen konnte bislang keine Personen feststellen, die in dem Parkhaus übernachten. Das schließt jedoch nicht aus, dass dies in Einzelfällen dennoch geschieht. Eine signifikante Vermüllung des Parkhauses konnte zum Zeitpunkt der Anfrage nicht bestätigt werden. Gleichwohl hat der zuständige KOP die Petition zum Anlass genommen, telefonisch den Betreiber des Parkhauses über die Hinweise aus der Petition in Kenntnis zu setzen.

Bei der in der Petition benannten Substitutionsstelle handelte es sich um eine Arztpraxis des in der Bremer Heerstraße. Aufgrund eines Hausbrandes ist die Praxis bis auf Weiteres geschlossen. Ersatzweise erhalten Berechtigte die Substitution in einer Arztpraxis in der Stockholmer Straße, die sich somit 2,7 km entfernt vom Bahnhof Bremen-Burg befindet. Es ist zu beobachten, dass die substituierenden Personen häufig mit den öffentlichen Verkehrsmitteln über den Bahnhof Bremen-Burg an- und wieder abreisen.

Die Petition zum Anlass nehmend, hat die Polizei Bremen eine Auswertung der Kriminalitätslage am Bahnhof Bremen-Burg und im Nahbereich durchgeführt. Hierfür wurden alle Straftaten für einen Zeitraum eines halben Jahres, welche sich in einem Radius von 0,325 km um den Bahnhof Bremen-Burg ereignet haben, zusammengetragen. Die Anzahl der erfassten Straftaten bewegt sich durchgehend im einstelligen Bereich. Die größte Kategorie bilden dabei die Eigentumsdelikte, gefolgt von den Kategorien „KV-Delikte“ und „Nötigung, Bedrohung und Beleidigung“.

Ein Brennpunkt ist nach Bewertung der Polizei Bremen nicht erkennbar - gleichwohl wurden die örtlich zuständigen Einsatzkräfte hinsichtlich der in der Petition dargelegten Situation sensibilisiert. Die uniformierten Kräfte des Einsatzdienstes bestreifen regelmäßig zu unterschiedlichen Zeiten sowohl den Bereich des Bahnhofs, als auch den Nahbereich und das angrenzende Parkhaus.

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau verweist in ihrer Stellungnahme auf einen Katalog von Maßnahmen, die im geschilderten Bereich umgesetzt werden beziehungsweise wurden. Demnach wurde in den vergangenen Jahren unter anderem

- gemeinsame Großeinsätze der Polizeibehörden und DB Sicherheit durchgeführt. Häufig wurden über den Tag verteilt etwa 50 szenetypische Personen angetroffen. Im Rahmen der Bestreifung wurden allerdings keine Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten festgestellt.
- Temporäre Einsätze werden unter den Sicherheitspartnern abgestimmt, um die Präsenz möglichst effektiv zu gestalten.
- Präventionsgespräche wurden seitens PVB mit Reisenden zum Thema „Augen auf in der Stadt“ geführt und um sachliche Hinweise gebeten.
- Präventionsplakate mit einem starken aussagekräftigen Motiv an unseren Verkehrsstationen. Mit der Kernaussage: „Wir dulden keine Sachbeschädigungen und bitten um Hinweise von Bürgern und Bürgerinnen, die zum Ergreifen von Tätern ermöglichen. Die Bundespolizei nimmt konkrete Hinweise unter der kostenfreien Rufnummer 0800 6 888 000 entgegen“
- Die Methadonausgabe in unmittelbarer Nachbarschaft zum Bahnhof hatte während ihres Bestehens am genannten Ort hinsichtlich der Ausgabe der Ersatzstoffe sowie Verhalten der Klienten strenge Regeln aufgestellt; Fehlverhalten führte nach einem Punktesystem bis zum Ausschluss aus dem Programm.
- Ebenso fand in diversen Terminen ein Austausch zwischen PVB und Klienten statt, um gegenseitige Sichtweisen darzulegen. Thematisiert wurde u.a.: Regel soll sein, dass bei einer maßvollen Ansprache seitens „Uniformierter“ (PVB, BSAG, EVU, SOD) oder anderer Berechtigter (Stadtamt, Hausrechtsinhaber) Aufforderungen Folge geleistet wird.
- Im Bahnhofsbereich auf öffentlichen Grund (gegenüber der Parkhauseinfahrt) wurde ein Freilufturinal errichtet.
- Reinigungsintervalle wurden erhöht und finden nun seit geraumer Zeit täglich statt.
- Die umgesetzte künstlerische Tunnelgestaltung sorgt für mehr subjektives Sicherheitsempfinden und einem Rückgang von Sachbeschädigungen in Form von illegalen Graffitis.

Die für die Bewirtschaftung des Parkhauses zuständige BREPARK hat zu dem Vorbringen der Petenten mitgeteilt, dass der geschilderte Sachverhalt so nicht bestätigt werden könne. Das Parkhaus werde täglich von den Mitarbeitenden kontrolliert. Sofern Verunreinigungen festgestellt würden, würden diese unverzüglich entfernt. Personen, die sich unberechtigt in Parkhaus aufhielten, würden des Gebäudes verwiesen und erhielten im Wiederholungsfall ein Hausverbot und ggfs. eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. In Einzelfällen werde die Polizei zur Durchsetzung der Maßnahmen hinzugezogen.

Die Petentin ist im Januar 2024 nochmals mit dem zuständigen Ortsamt Burglesum in Kontakt getreten und hat sich über die aktuelle Situation im fraglichen Bereich ausgetauscht. In der Folge hat die Petentin den Petitionsausschuss per E-Mail darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Petition aus ihrer Sicht nunmehr abgeschlossen werden könne.

Vor diesem Hintergrund bittet der Ausschuss, die Petition für erledigt zu erklären.